

SPD bleibt bei Laufzeiten hart

KLAUS STRATMANN | BERLIN

Die SPD zeigt sich in der Frage nach den Laufzeiten von Atomkraftwerken kompromisslos. Spitzenpolitiker der Sozialdemokraten unterstrichen am Wochenende, der Atomausstieg sei nicht verhandelbar. Die SPD will heute bei einem Treffen in Berlin die Weichen für ihre künftige Energiepolitik stellen. Die Energiebranche zeigte sich dagegen entschlossen, längere Laufzeiten für die vor der Abschaltung stehenden Reaktoren zu beantragen.

„Längere Laufzeiten sind mit der SPD nicht zu machen“, sagte Ulrich Kelber, SPD-Fraktionsvize und umweltpolitischer Sprecher seiner Partei, dem Handelsblatt (siehe „Die Branche muss endlich investieren“). Die Argumentation der Kraftwerksbetreiber, längere Laufzeiten würden zu sinkenden Strompreisen führen, sei nicht haltbar. Längere Laufzeiten stünden vielmehr Investitionen in moderne, effiziente Kraftwerke im Wege und „würden das heutige Monopol manifestieren“.

SPD-Chef Matthias Platzeck bekräftigte den Ausstieg aus der Atomenergie und erklärte, die SPD werde dafür sorgen, dass Deutschland „Ideengeber und Vorreiter innovativer Energiepolitik“ bleibe. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel sagte, es wundere ihn sehr, dass Politiker aus CDU und CSU in der Frage des Atomausstiegs gegen den Koalitionsvertrag argumentierten. „Diejenigen, die jetzt so laut nach Laufzeit-Verlängerungen oder neuen Atomkraftwerken rufen, haben vor drei Monaten für diesen Koalitionsvertrag ihre Hand gehoben“, sagte Gabriel. Für die Sozialdemokraten sei „das Thema durch“. In

der Koalitionsvereinbarung heißt es, zwischen CDU, CSU und SPD bestünden hinsichtlich der Nutzung der Kernenergie unterschiedliche Auffassungen. Die Vereinbarung zum Atomausstieg könne daher nicht geändert werden.

Platzeck und Gabriel werden heute auf der SPD-Energiekonferenz ihre Leitlinien in der Energiepolitik vorstellen. Anfang April findet dann bei Bundeskanzlerin Angela Merkel ein nationaler Energiegipfel statt.

Der baden-württembergische Ministerpräsident Günther Oettinger (CDU) sprach sich am Wochenende für eine Verlängerung der Laufzeiten aus. Deutschland könne sich keinen nationalen Sonderweg leisten. Wer zu früh abschalte, schaffe den Sprung zu erneuerbaren Energien nicht und gerate in neue Abhängigkeiten. Baden-Württemberg bezieht 60 Prozent seines Stroms aus Atomkraftwerken.

Allerdings ist das Thema Atomkraft auch innerhalb der Union umstritten. Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) sagte dem Handelsblatt, niemand rüttele an der mit der Energiewirtschaft geschlossenen Ausstiegsvereinbarung (siehe Interview auf Seite 2).

Die Frage der Laufzeit-Verlängerung dürfte die Koalition noch über Monate beschäftigen. In der Energiebranche wächst die Entschlossenheit, für längere Laufzeiten zu kämpfen. Geht es nach dem Buchstaben der Ausstiegsvereinbarung, die die rot-grüne Vorgängerregierung im Juni 2000 mit der Energiewirtschaft geschlossen hatte, müssen in dieser Legislaturperiode mindestens drei Atomkraftwerke abgeschaltet wer-

den, weil sie die ihnen zugeteilten Strommengen voraussichtlich bereits 2008 produziert haben werden. Es handelt sich dabei um die von RWE betriebenen Reaktoren Biblis A und Biblis B sowie um das Kraftwerk Neckarwestheim 1 von EnBW. RWE-Chef Harry Roels hatte Ende Februar angekündigt, sein Unternehmen werde einen Antrag auf Laufzeitverlängerung stellen. Aus dem Umfeld von EnBW hieß es gestern, der Konzern prüfe derzeit noch einen entsprechenden Antrag. „Im Laufe dieses Jahres wird da etwas passieren“, hieß es.

In den vergangenen Wochen war kritisiert worden, die Betreiber schickten zwar einige Unionspolitiker vor, um für längere Laufzeiten zu werben. Selbst hielten sie sich jedoch zurück. Branchenvertreter räumten ein, das Interesse daran, Kraftwerke länger laufen zu lassen, sei zwar groß. Zugleich befürchte man jedoch wegen der ausgeprägt skeptischen Haltung der Bevölkerung gegenüber der Atomkraft massive Imageprobleme.

Die Vereinbarung zum Atomausstieg sieht vor, dass Strommengen von jüngeren Reaktoren auf ältere Reaktoren übertragen werden können, um deren Betriebszeit zu verlängern. Dem Antrag auf Laufzeitübertragung muss jedoch der Bundesumweltminister zustimmen. Minister Gabriel sagte, man werde derartige Anträge sachgerecht prüfen. Ihm sei aber „bislang kein Argument bekannt, wonach eine Übertragung von neu auf alt sinnvoll wäre“. Kritiker der Übertragungsregel monieren, sie ermöglichen den Fortbestand älterer Reaktoren mit geringeren Sicherheitsstandards.